

Bonn, den 30. November 2023

Achtung: Sperrfrist bis zum 30. November 2023, 18:00 Uhr!

DPVKOM ruft zu einem Streik bei der DHL Hub Leipzig GmbH auf!

Die Fachgewerkschaft DPVKOM ruft bei der DHL Hub Leipzig GmbH zu einem Streik auf. Damit will sie das Unternehmen dazu bewegen, zeitnah Tarifverhandlungen zum Manteltarifvertrag aufzunehmen, dessen Laufzeit am 31. Dezember 2023 endet. Mehrere Hundert Beschäftigte werden ab dem 30. November, 19:00 Uhr, bis zum 2. Dezember, 8:00 Uhr, die Arbeit niederlegen. „Wir haben dem Arbeitgeber einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt. Dieser enthält weitreichende Verbesserungen bezüglich des Urlaubsanspruchs, der Arbeitszeit oder auch der Arbeitsbefreiung aus persönlichen Anlässen oder aufgrund gewerkschafts- und gesellschaftspolitischer Aktivitäten. Die Beschäftigten am DHL Hub Leipzig erwarten zurecht, dass hierüber mit der DPVKOM verhandelt wird“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus. Mit dem 37-stündigen Streik will die DPVKOM Verhandlungen über den Abschluss eines Manteltarifvertrages erzwingen, der bislang nur mit einer anderen im Unternehmen vertretenen Gewerkschaft vereinbart wurde.

So fordert die DPVKOM konkret unter anderem eine Anhebung des Grundanspruchs auf Urlaub von derzeit 25 Tagen im Jahr auf mindestens 30 Tage jährlich. Außerdem soll die wöchentliche Arbeitszeit von derzeit 38,5 Stunden auf 37 Stunden abgesenkt werden – bei vollem Lohnausgleich! Darüber hinaus will die DPVKOM, dass die Anzahl der Tage, für die eine Arbeitsbefreiung gewährt werden kann, erhöht wird. So soll beispielsweise einem Arbeitnehmenden zukünftig 5 Tage, statt wie bisher 3 Tage, bezahlte Arbeitsbefreiung gewährt werden, wenn der Ehepartner oder Lebensgefährte verstirbt. Des Weiteren soll am DHL Hub Leipzig ein Ausgleichstag für jeden Feiertag eingeführt werden, an dem eine Arbeitsverpflichtung besteht. Dahlhaus weiter: „Aufgrund der überaus harten Arbeitsbedingungen am DHL-Luftfahrt Drehkreuz sind diese Forderungen mehr als berechtigt. Außerdem müssen nun endlich auch die Ungerechtigkeiten im Ost-West-Vergleich, insbesondere hinsichtlich des Urlaubsanspruchs, abgeschafft werden!“